

Nr. 258

Verordnung über die Beurkundungsgebühren (BeurkGebV)

vom 24. November 1973 (Stand 1. Juli 2012)

Das Obergericht des Kantons Luzern,

in Vollziehung der §§ 52 Absatz 2 und 63 Absatz 1 des Gesetzes über die öffentlichen Beurkundungen vom 18. September 1973¹,

beschliesst:

1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 *Gebühr*

¹ Die Urkundspersonen beziehen für die öffentlichen Beurkundungen die in dieser Verordnung festgesetzten Gebühren.

§ 2 *Bemessung*

¹ Die Gebühr bemisst sich nach festen Ansätzen, nach dem Wert oder nach einem Gebührenrahmen.

² Ist der Wert massgebend, so richtet sich die Gebühr nach den in Abschnitt B festgesetzten Bruchteilen.

³ Wo die Verordnung einen Gebührenrahmen aufstellt, sind für die Berechnung der Gebühr die Bedeutung und die Schwierigkeit der Sache, der Arbeitsaufwand und die Zeitdauer der Inanspruchnahme massgebend.

¹ SRL Nr. [255](#)

* Siehe Tabellen mit Änderungsinformationen am Schluss des Erlasses.

§ 3 *Gegenstand der Gebühr*

¹ Die Gebühr ist das Entgelt für die Vorbereitungsarbeiten (Feststellen der Identität, Ermitteln des Parteiwillens, Entwerfen und Ausfertigen der Urkunde in Exemplaren für die Urkundsparteien, die Amtsstellen und den Notar, Prüfen eines dem Notar vorgelegten Entwurfes), für den eigentlichen Beurkundungsakt und die Anmeldung eintragungsbefürhtiger Rechtsgeschäfte. *

² In der Gebühr nicht inbegriffen sind: *

- a. * das Entgelt für weitere Vorbereitungsarbeiten, wie Parzellierungen (einschliesslich Bereinigung von Dienstbarkeiten), Pfändentlassungen, Baulandumlegungen durch privatrechtliche Vereinbarung, Verfassen von Nutzungs- und Verwaltungsordnungen für Stockwerk- oder Miteigentümergeinschaften, Gesellschaftsstatuten, Sacheinlage- und Fusionsverträgen;
- b. das Entgelt für Folgearbeiten, wie Ermitteln der vorkaufsberechtigten Personen und Mitteilung des Vorkaufsfalles, Einreichen einer Verfügung von Todes wegen zur amtlichen Aufbewahrung, Abklärungen im Hinblick auf Wertgrenzen und die Zustimmungsbefürhtigkeit eines Rechtsgeschäftes, Einholen von Zustimmungserklärungen, Gesuche um Genehmigung eines Rechtsgeschäftes oder um Feststellung einer Behörde im Hinblick auf die Genehmigungsbefürhtigkeit eines Rechtsgeschäftes, Gesuch um Schatzungsverteilung, Treuhandfunktionen beim Vollzug beurkundeter Geschäfte.

³ Die Beurkundung aufgrund einer dem Notar in Reinschrift vorgelegten Urkunde hat keine Ermässigung der Gebühr zur Folge. *

§ 4 *Erhöhung der Gebühr*

¹ Die Gebühr darf angemessen erhöht werden,

- a. wenn mit einer Beurkundung wiederholte Verhandlungen oder ein aussergewöhnlicher Zeitaufwand verbunden sind;
- b. wenn die Urkundsperson ausserhalb der üblichen Geschäftszeit oder ausserhalb des Büros beansprucht wird.

§ 5 *Herabsetzung der Gebühr*

¹ Die Gebühr ist angemessen herabzusetzen,

- a. wenn die öffentliche Beurkundung nicht zum Abschluss gelangt;
- b. wenn ein Notar im gleichen Sachzusammenhang zahlreiche gleichartige Rechtsgeschäfte zu beurkunden hat.

§ 6 *Vorvertrag*

¹ Die Gebühr für die Beurkundung eines Vorvertrags richtet sich nach derjenigen für den Hauptvertrag. Wird dieser vom gleichen Notar beurkundet, so beträgt die Gebühr für den Hauptvertrag die Hälfte.

§ 7 *Verlängerung eines zeitlich befristeten Vertrags*

¹ Die Gebühr für die Verlängerung eines zeitlich befristeten Vertrags beträgt einen Drittel derjenigen des ursprünglichen Vertrags.

§ 8 *Mehrere Rechtsgeschäfte*

¹ Bei der Beurkundung mehrerer Rechtsgeschäfte in der gleichen Urkunde wird die Gebühr von jedem Rechtsgeschäft gesondert berechnet, soweit diese Verordnung keine abweichende Regelung vorsieht. Eine gesonderte Berechnung unterbleibt jedoch bei der gleichzeitigen Beurkundung nicht beurkundungsbedürftiger Rechtsgeschäfte, wie etwa bei der Begründung von beschränkten dinglichen Rechten in einem Grundstückkaufvertrag. *

² Vorbehalten bleibt § 29 Absatz 2.

§ 9 * *Auslagen und Mehrwertsteuer **

¹ Ausser der Gebühr hat die Urkundsperson Anspruch auf den Ersatz der notwendigen Auslagen (Porti, Telefntaxen, Reisespesen usw.) und der von ihr auf Honorar und Auslagen zu entrichtenden Mehrwertsteuer, soweit sie mehrwertsteuerpflichtig ist.

§ 10 * *Verzicht auf Vergütung*

¹ Die in dieser Verordnung festgelegten Gebühren dürfen in der Regel weder erhöht noch unterschritten werden.

² Ausnahmsweise darf die Urkundsperson aus triftigen Gründen, die sie in ihrem Protokollbuch ausdrücklich zu nennen hat, ganz oder teilweise auf die Vergütung verzichten.

2 Tarif

2.1 Beglaubigungen

§ 11 *Unterschrift, Handzeichen*

¹ Bei der Beglaubigung einer Unterschrift beträgt die Gebühr Fr. 30.– bis Fr. 50.–. *

² Bei gleichzeitiger Beglaubigung mehrerer Unterschriften auf demselben Schriftstück beträgt die Gebühr für die zweite und jede weitere Unterschrift Fr. 10.–. *

³ Dasselbe gilt bei der Beglaubigung von Handzeichen.

§ 12 * *Von Dritten hergestellte Kopien und Auszüge*

¹ Bei der Beglaubigung von Kopien (Abschriften, Fotokopien, Durchschlagskopien usw.) oder Auszügen (Buch-, Protokollauszügen usw.), welche der Urkundsperson vorgelegt werden, beträgt die Gebühr Fr. 20.– für die erste und Fr. 5.– für jede weitere Seite.

§ 13 *Von der Urkundsperson hergestellte Kopien und Auszüge*

¹ Bei der Beglaubigung von Kopien und Auszügen, welche die Urkundsperson selbst hergestellt hat, beträgt die Gebühr Fr. 10.– für die erste und Fr. 2.– für jede weitere Seite. *

² Das Erstellen der Kopien und Auszüge ist in dieser Gebühr nicht enthalten. *

§ 14 *Übersetzung*

¹ Bei der Beglaubigung einer Übersetzung beträgt die Gebühr Fr. 30.– für die erste und Fr. 15.– für jede weitere Seite. *

² Stammt die Übersetzung von der Urkundsperson selber, so kann hiefür ein Zuschlag nach Zeitaufwand und Schwierigkeit berechnet werden.

2.2 Beurkundungen

2.2.1 Nach Zivilgesetzbuch²

§ 15 * *Stiftungen*

¹ Bei der Errichtung einer Stiftung unter Lebenden (Art. 81 ZGB) beträgt die Gebühr Fr. 500.– bis Fr. 3000.–.

§ 16 * *Ehevertrag, Vermögensvertrag*

¹ Bei Abschluss, Abänderung oder Aufhebung eines Ehevertrages (Art. 184 ZGB) oder eines Vermögensvertrages (Art. 25 PartG³) beträgt die Gebühr Fr. 500.– bis Fr. 3000.–. Sind Grundstücke davon betroffen, kann die Hälfte der Gebühr gemäss § 21 berechnet werden, sofern dieser Betrag höher als Fr. 3000.– ist.

² Ist mit dem Abschluss oder der Abänderung des Ehevertrages oder des Vermögensvertrages ein Inventar (Art. 195a ZGB) verbunden, so bezieht der Notar überdies die Gebühr nach § 17. *

² SR [210](#)

³ SR [211.231](#)

§ 17 * *Inventar*

¹ Bei der Aufnahme eines Inventars (Art. 195a ZGB) beträgt die Gebühr *

- a. 2 ‰ vom Inventarwert bis Fr. 200 000.–
- b. plus 1,5 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 200 000.– bis Fr. 500 000.–
- c. plus 1 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 500 000.– bis Fr. 1 500 000.–
- d. plus 0,2 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 1 500 000.–

mindestens Fr. 150.–.

§ 18 * *Gemeinderschaftsvertrag*

¹ Beim Gemeinderschaftsvertrag (Art. 336 ZGB) berechnet sich die Gebühr

- a. für die Begründung nach den Ansätzen des § 21;
- b. für die Abänderung auf Fr. 150.– bis 450.–;
- c. für die Aufhebung auf Fr. 100.– bis Fr. 200.–.

§ 19 *Letztwillige Verfügung, Erbvertrag*

¹ Bei der Errichtung einer öffentlichen letztwilligen Verfügung (Art. 499 ZGB) oder eines Erbvertrages (Art. 512 ZGB) beträgt die Gebühr *

- a. 2 ‰ vom Verfügungswert bis Fr. 500 000.–
- b. plus 1,5 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 500 000.– bis Fr. 1 000 000.–
- c. plus 1 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 1 000 000.– bis Fr. 5 000 000.–
- d. plus 0,3 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 5 000 000.– bis Fr. 10 000 000.–
- e. plus 0,2 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 10 000 000.–

mindestens Fr. 500.–.

² Bei der Abänderung beträgt die Gebühr Fr. 150.– bis Fr. 2000.–.

³ Bei der Aufhebung beträgt die Gebühr Fr. 150.– bis Fr. 300.–.

§ 20 * *Ausschluss der Aufhebung von Miteigentum*

¹ Bei der Vereinbarung über den Ausschluss der Aufhebung von Miteigentum (Art. 650 Abs. 2 ZGB) beträgt die Gebühr Fr. 200.– bis Fr. 500.–.

§ 21 *Übertragung von Grundeigentum*

¹ Bei der Errichtung eines Vertrages auf Übertragung von Grundeigentum nach Artikel 657 Absatz 1 ZGB (Kauf, Schenkung, Tausch) beträgt die Gebühr *

- a. 3 ‰ der Vertragssumme bis Fr. 500 000.–
- b. plus 2,5 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 500 000.– bis Fr. 1 000 000.–
- c. plus 2 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 1 000 000.– bis Fr. 5 000 000.–
- d. plus 1 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 5 000 000.– bis Fr. 10 000 000.–
- e. plus 0,2 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 10 000 000.–

mindestens Fr. 500.–.

² Die Gebühr berechnet sich nach dem Katasterwert, bei landwirtschaftlichen Grundstücken zuzüglich 300 % und bei vor 1994 geschätzten nichtlandwirtschaftlichen Grundstücken zuzüglich 200 %, sofern im Vertrag keine oder eine niedrigere Vertragssumme angegeben ist. *

³ Bei der Übertragung von kleinen Grundstücken im Sinn von § 20 der Beurkundungsverordnung⁴ beträgt die Gebühr Fr. 200.– bis Fr. 500.–. *

⁴ Bei einem Tauschvertrag ist die Gebühr von jedem Tauschgegenstand gesondert zu berechnen. *

§ 22 * ...

§ 23 * *Vorkaufsrecht bei Miteigentum und Baurecht*

¹ Bei der Vereinbarung über die Aufhebung oder Änderung des Vorkaufsrechts im Miteigentums- oder im Baurechtsverhältnis (Art. 682 Abs. 3 ZGB) beträgt die Gebühr Fr. 200.– bis Fr. 500.–.

§ 24 * *Stockwerkeigentum*

¹ Bei der Begründung von Stockwerkeigentum (Art. 712d ZGB) beträgt die Gebühr

- a. 3 ‰ des Bodenwertes und der Baukosten bis Fr. 500 000.–
- b. plus 2,5 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 500 000.– bis Fr. 1 000 000.–
- c. plus 2 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 1 000 000.– bis Fr. 5 000 000.–
- d. plus 1 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 5 000 000.– bis Fr. 10 000 000.–
- e. plus 0,2 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 10 000 000.–

mindestens Fr. 500.–.

§ 25 * ...

§ 26 * *Dienstbarkeit*

¹ Bei der Errichtung, Änderung oder Aufhebung einer Dienstbarkeit, ausgenommen bei selbständigen und dauernden Baurechten, beträgt die Gebühr Fr. 200.– bis Fr. 5000.–.

§ 27 *Baurecht*

¹ Bei der Begründung eines selbständigen und dauernden Baurechts nach Artikel 779a ZGB berechnet sich die Gebühr nach den Ansätzen des § 21. *

⁴ SRL Nr. [256](#)

² Als Vertragssumme gilt die Leistung des Bauberechtigten. Ist der Bauberechtigte zu periodischen Leistungen während bestimmter Zeit verpflichtet, höchstens aber 20 Jahre lang, so ist die Summe der Leistungen massgebend. Ist der Bauberechtigte zu periodischen Leistungen während unbestimmter Zeit oder länger als 20 Jahre verpflichtet, so ist der zwanzigfache Betrag der einzelnen Leistung massgebend.

³ ... *

§ 28 *Grundlast*

¹ Bei der Errichtung einer Grundlast (Art. 783 ZGB) berechnet sich die Gebühr wie beim Grundpfand (§ 29), wobei auf den Gesamtwert abgestellt wird.

§ 29 *Grundpfand*

¹ Bei der Errichtung eines Grundpfandes (Art. 799 ZGB) beträgt die Gebühr *

- a. 2 ‰ der Pfandsumme bis Fr. 500 000.–
 - b. plus 1,25 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 500 000.– bis Fr. 1 000 000.–
 - c. plus 0,75 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 1 000 000.– bis Fr. 5 000 000.–
 - d. plus 0,5 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 5 000 000.–
- mindestens Fr. 300.–.

² Werden in der gleichen öffentlichen Urkunde mehrere Pfandrechte errichtet, so berechnet sich die Gebühr vom Gesamtbetrag der Pfandsummen.

³ Bei der Erhöhung der Pfandsumme berechnet sich die Gebühr vom erhöhten Betrag nach den Ansätzen von Absatz 1 und 2.

⁴ Bei der Umwandlung, Aufteilung und Verlegung von Pfandrechten und bei der Pfandrechtserneuerung beträgt die Gebühr die Hälfte der Ansätze von Absatz 1 und 2, mindestens Fr. 300.–. *

⁵ Werden in der gleichen öffentlichen Urkunde die Pfandsumme erhöht und das Pfandrecht mit der erhöhten Pfandsumme umgewandelt, aufgeteilt oder verlegt, berechnet sich die Gebühr nach den Ansätzen von Absatz 3 oder 4, wobei die höhere Gebühr berechnet wird. *

⁶ Bei anderen Änderungen beträgt die Gebühr Fr. 200.– bis Fr. 500.–, sofern nicht gleichzeitig Gebühren nach den Ansätzen von Absatz 1 bis 5 erhoben werden. *

2.2.2 Nach Obligationenrecht⁵

§ 30 * *Ersatz der Unterschrift*

¹ Bei der Beurkundung als Ersatz der Unterschrift (Art. 15 OR) beträgt die Gebühr Fr. 100.–.

§ 31 * *Erklärung nach Artikel 90 OR*

¹ Bei der Beurkundung einer Erklärung nach Artikel 90 OR beträgt die Gebühr Fr. 100.–.

§ 32 * *Kaufs-, Rückkaufs- und limitiertes Vorkaufsrecht*

¹ Bei der Begründung oder Übertragung eines Kaufs-, Rückkaufs- oder limitierten Vorkaufsrechts berechnet sich die Gebühr nach den Ansätzen von § 21 (Übertragung von Grundeigentum).

§ 33 * *Schenkung dinglicher Rechte an Grundstücken*

¹ Bei der Schenkung dinglicher Rechte an Grundstücken (Art. 243 Abs. 2 OR) beträgt die Gebühr, soweit nicht die §§ 21, 28 und 29 anwendbar sind, Fr. 200.– bis Fr. 500.–.

§ 34 *Schenkung auf den Todesfall*

¹ Bei der Schenkung auf den Todesfall (Art. 245 Abs. 2 OR) berechnet sich die Gebühr nach den Ansätzen von § 19.

§ 35 * *Bürgschaft*

¹ Bei der Errichtung einer Bürgschaft (Art. 493 Abs. 1 OR), bei der Erhöhung der Haftungssumme sowie bei der Umwandlung einer einfachen in eine Solidarbürgschaft (Art. 493 Abs. 5 OR) beträgt die Gebühr 2 % des Haftungsbetrages, mindestens Fr. 300.–, höchstens Fr. 1000.–.

² Sind vom gleichen Notar für dieselbe Schuld getrennt abgegebene Bürgschaftserklärungen einzeln zu beurkunden, so wird von der zweiten Beurkundung an für jede weitere zur Gebühr nach Absatz 1 ein Zuschlag von 25 %, mindestens Fr. 50.– erhoben. Der Gesamtbetrag der Zuschläge darf 100 % der Grundgebühr nicht übersteigen.

³ Die Gebühr für eine Beurkundung nach Artikel 493 Absatz 6 OR beträgt Fr. 300.–.

§ 36 *Verpfändung*

¹ Bei der Errichtung eines Verpfändungsvertrags (Art. 522 OR) wird die Gebühr vom Vermögenswert nach den Ansätzen von § 21 berechnet.

⁵ SR [220](#)

§ 37 * *Aktiengesellschaft und Kommanditaktiengesellschaft*
a. *Gründung*

¹ Bei der Gründung einer Aktiengesellschaft (Art. 629 OR) oder einer Kommanditaktiengesellschaft beträgt die Gebühr

- a. 3 ‰ vom Grundkapital bis Fr. 500 000.–
- b. plus 2,5 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 500 000.– bis Fr. 1 000 000.–
- c. plus 2 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 1 000 000.– bis Fr. 2 000 000.–
- d. plus 1,5 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 2 000 000.– bis Fr. 5 000 000.–
- e. plus 0,5 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 5 000 000.– bis Fr. 10 000 000.–
- f. plus 0,2 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 10 000 000.–

mindestens Fr. 1000.–.

§ 38 *b. Kapitalerhöhung*

¹ Bei der Erhöhung des Aktienkapitals berechnet sich die Gebühr für die Beurkundung des Generalversammlungsbeschlusses nach den Ansätzen von § 37 und beträgt mindestens Fr. 500.–. *

² Für die Beurkundung des Feststellungsbeschlusses des Verwaltungsrates beträgt die Gebühr Fr. 300.– bis Fr. 2000.–. *

§ 39 * *c. Kapitalherabsetzung*

¹ Bei der Herabsetzung des Grundkapitals beträgt die Gebühr für die Beurkundung betreffend Beschlussfassung und Statutenänderung (Art. 732 OR) Fr. 500.– bis Fr. 3000.–. Ist die Herabsetzung mit gleichzeitigem Ersatz durch neues Kapital verbunden, so bemisst sich die Gebühr nach den Ansätzen von § 38.

§ 40 * ...

§ 41 * *e. Andere Beschlüsse*

¹ Bei Beschlüssen einer Aktiengesellschaft oder Kommanditaktiengesellschaft, auf welche die §§ 37–39 nicht anwendbar sind, beträgt die Gebühr Fr. 300.– bis Fr. 5000.–.

§ 42 *Gesellschaft mit beschränkter Haftung*

¹ Bei der Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Art. 777 OR) und bei der Erhöhung ihres Stammkapitals (Art. 781 OR) berechnet sich die Gebühr nach den Ansätzen von § 37 und bei der Herabsetzung des Stammkapitals (Art. 782 OR) nach den Ansätzen von § 39. *

² ... *

³ Bei der Abtretung oder Teilung eines Stammanteils sowie bei der Verpflichtung zur Abtretung beträgt die Gebühr *

- a. 2 ‰ der Vertragssumme oder beim Fehlen einer solchen des mutmasslichen Interessenwertes bis Fr. 200 000.–
 - b. plus 1,5 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 200 000.– bis Fr. 500 000.–
 - c. plus 1 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 500 000.– bis Fr. 2 500 000.–
 - d. plus 0,3 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 2 500 000.– bis Fr. 5 000 000.–
 - e. plus 0,2 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 5 000 000.–
- mindestens Fr. 200.–.

⁴ Bei der Umwandlung einer Aktiengesellschaft in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung berechnet sich die Gebühr vom neuen Kapital nach den Ansätzen von § 37.

⁵ Bei anderen Beschlüssen beträgt die Gebühr Fr. 300.– bis Fr. 2000.–. *

§ 43 * *Gesellschaftsrechtliche Feststellungen*

¹ Die Gebühr für die Beurkundung gesellschaftsrechtlicher Feststellungen (Art. 734, 764 Abs. 2, 782 Abs. 4 und 874 Abs. 2 OR) beträgt Fr. 200.– bis Fr. 1000.–.

§ 44 *Wechsel und Check*

¹ Beim Protest eines Wechsels oder Checks beträgt die Gebühr *

- a. für die Abfassung der Urkunde (Art. 1037 OR), inbegriffen Abschrift und deren Aufbewahrung nach Artikel 1040 OR, 2 ‰ der Wechsel oder Checksumme, mindestens Fr. 50.–;
- b. für die Vorweisung ohne Protestausfertigung bei einer Person Fr. 20.–, bei weiteren am gleichen Ort wohnhaften Personen je Fr. 10.–.

² Darüber hinaus kann, wenn der Wechsel oder Check mehr als einen Kilometer vom Büro entfernt vorgewiesen werden muss, für den Hin- und Rückweg eine Wegenschädigung von 50 Rappen je Kilometer berechnet werden.

§ 45 * *Anleiensgläubigerbeschlüsse*

¹ Bei Versammlungsbeschlüssen der Gläubiger von Anleiensobligationen (Art. 6 Verordnung über die Gläubigergemeinschaft bei Anleiensobligationen⁶) beträgt die Gebühr Fr. 500.– bis Fr. 3000.–.

⁶ [SR 221.522.1](#)

2.2.3 Nach Fusionsgesetz,⁷ *

§ 45a * *a. Übertragender Rechtsträger*

¹ Die Gebühr für den Auflösungsbeschluss berechnet sich nach den Ansätzen von § 37.

² Die Gebühr für den Kapitalherabsetzungsbeschluss berechnet sich nach den Ansätzen von § 39.

³ Bei Beschlüssen nach dem Fusionsgesetz, auf welche die Absätze 1 und 2 nicht anwendbar sind, berechnet sich die Gebühr nach den Ansätzen von § 41.

⁴ Bei der Beurkundung mehrerer beurkundungsbedürftiger Rechtsgeschäfte in der gleichen öffentlichen Urkunde berechnet sich die Gebühr nach den Ansätzen von Absatz 1, 2 oder 3, wobei die höchste Gebühr massgebend ist.

§ 45b * *b. Übernehmender Rechtsträger*

¹ Die Gebühr für die Gründung einer neuen Gesellschaft berechnet sich nach den Ansätzen von § 37.

² Bei der Kapitalerhöhung berechnet sich die Gebühr nach den Ansätzen von § 38.

³ Bei Beschlüssen nach dem Fusionsgesetz, auf welche die Absätze 1 und 2 nicht anwendbar sind, berechnet sich die Gebühr nach den Ansätzen von § 41.

⁴ Bei der Beurkundung mehrerer beurkundungsbedürftiger Rechtsgeschäfte in der gleichen öffentlichen Urkunde berechnet sich die Gebühr nach den Ansätzen von Absatz 1, 2 oder 3, wobei die höchste Gebühr massgebend ist.

2.2.4 Sonstige Beurkundungen *

§ 46 * *Ziehungen*

¹ Die Gebühr für eine öffentliche Urkunde über die Ziehung von Prämienobligationen und Lotterien, über andere Auslosungen und über Wettbewerbe beträgt Fr. 150.– bis Fr. 1000.–.

§ 47 *Eidesabnahme, Erklärung an Eidesstatt*

¹ Die Gebühr für die Beurkundung der Eidesabnahme oder der Erklärung an Eidesstatt beträgt Fr. 50.– bis Fr. 300.–.

⁷ SR [221.301](#)

§ 48 * *Sachbeurkundungen des kantonalen Rechts*

¹ Für die Sachbeurkundung gemäss § 2 Absatz 1f des Beurkundungsgesetzes⁸ beträgt die Gebühr Fr. 100.– bis Fr. 1000.–.

§ 49 * *Andere Beurkundungen*

¹ Bei der Beurkundung von beurkundungsbedürftigen Geschäften, für die keine andere Gebühr vorgesehen ist, beträgt die Gebühr Fr. 100.– bis Fr. 1000.–.

§ 50 *Nicht beurkundungsbedürftige Geschäfte*

¹ Bei einer von den Parteien verlangten Beurkundung nicht beurkundungsbedürftiger Rechtsgeschäfte beträgt die Gebühr *

- a. 2 ‰ der Vertragssumme oder beim Fehlen einer solchen des mutmasslichen Interessenwertes bis Fr. 200 000.–
- b. plus 1,5 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 200 000.– bis Fr. 500 000.–
- c. plus 1 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 500 000.– bis Fr. 2 500 000.–
- d. plus 0,3 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 2 500 000.– bis Fr. 5 000 000.–
- e. plus 0,2 ‰ vom Mehrbetrag über Fr. 5 000 000.–

mindestens Fr. 300.–.

² Besteht kein mutmasslicher Interessenwert, sind für die Berechnung der Gebühr die Bedeutung und Schwierigkeit der Sache, der Arbeitsaufwand und die Zeitdauer der Inanspruchnahme massgebend. *

3 Schlussbestimmungen

§ 51 *Aufhebung bisherigen Rechts*

¹ Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung wird die Verordnung über die Beurkundungsgebühren vom 16. Dezember 1964 mit Änderungen vom 3. Mai 1967 und 10. Juli 1972⁹ aufgehoben.

§ 52 *Inkrafttreten*

¹ Die Verordnung tritt am 1. Januar 1974 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

⁸ SRL Nr. [255](#)

⁹ V XVI 932. Änderungen: V XVII 336 und V XVIII 358.

Übergangsbestimmung der Änderung vom 23. November 1995

Die neuen Gebührenansätze gelten für Beurkundungen, die am Tage des Inkrafttretens (1. Januar 1996) oder später vollzogen werden.

Änderungstabelle - nach Paragraf

Element	Beschlussdatum	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle G
Erläss	24.11.1973	01.01.1974	Erstfassung	V XVIII 766
§ 3 Abs. 1	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 3 Abs. 2	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 3 Abs. 2, a.	04.04.2005	01.07.2005	geändert	G 2005 69
§ 3 Abs. 3	30.10.1986	01.01.1987	geändert	G 1986 211
§ 8 Abs. 1	04.04.2005	01.07.2005	geändert	G 2005 69
§ 9	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 9	18.06.2012	01.07.2012	Titel geändert	G 2012 150
§ 10	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 11 Abs. 1	05.10.2006	01.01.2007	geändert	G 2006 265
§ 11 Abs. 2	23.03.2009	26.04.2009	geändert	G 2009 81
§ 12	30.10.1986	01.01.1987	geändert	G 1986 211
§ 13 Abs. 1	30.10.1986	01.01.1987	geändert	G 1986 211
§ 13 Abs. 2	12.06.1978	01.08.1978	geändert	G 1978 61
§ 14 Abs. 1	30.10.1986	01.01.1987	geändert	G 1986 211
§ 15	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 16	05.10.2006	01.01.2007	geändert	G 2006 265
§ 16 Abs. 2	18.06.2012	01.07.2012	geändert	G 2012 150
§ 17	30.10.1986	01.01.1987	geändert	G 1986 211
§ 17 Abs. 1	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 18	12.06.1978	01.08.1978	geändert	G 1978 61
§ 19 Abs. 1	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 20	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 21 Abs. 1	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 21 Abs. 2	18.06.2012	01.07.2012	geändert	G 2012 150
§ 21 Abs. 3	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 21 Abs. 4	12.06.1978	01.08.1978	eingefügt	G 1978 61
§ 22	18.06.2012	01.07.2012	aufgehoben	G 2012 150
§ 23	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 24	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 25	18.06.2012	01.07.2012	aufgehoben	G 2012 150
§ 26	18.06.2012	01.07.2012	geändert	G 2012 150
§ 27 Abs. 1	18.06.2012	01.07.2012	geändert	G 2012 150
§ 27 Abs. 3	18.06.2012	01.07.2012	aufgehoben	G 2012 150
§ 29 Abs. 1	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 29 Abs. 4	04.04.2005	01.07.2005	geändert	G 2005 69
§ 29 Abs. 5	04.04.2005	01.07.2005	geändert	G 2005 69
§ 29 Abs. 6	04.04.2005	01.07.2005	eingefügt	G 2005 69
§ 30	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 31	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 32	04.04.2005	01.07.2005	geändert	G 2005 69
§ 33	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 35	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 37	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 38 Abs. 1	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 38 Abs. 2	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 39	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 40	04.04.2005	01.07.2005	aufgehoben	G 2005 69
§ 41	04.04.2005	01.07.2005	geändert	G 2005 69
§ 42 Abs. 1	18.06.2012	01.07.2012	geändert	G 2012 150
§ 42 Abs. 2	23.03.2009	26.04.2009	aufgehoben	G 2009 81
§ 42 Abs. 3	18.06.2012	01.07.2012	geändert	G 2012 150
§ 42 Abs. 5	03.11.1997	01.01.1998	eingefügt	G 1997 379
§ 43	18.06.2012	01.07.2012	geändert	G 2012 150
§ 44 Abs. 1	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 45	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
Titel 2.2.3	04.04.2005	01.07.2005	eingefügt	G 2005 69
§ 45a	04.04.2005	01.07.2005	eingefügt	G 2005 69
§ 45b	04.04.2005	01.07.2005	eingefügt	G 2005 69
Titel 2.2.4	04.04.2005	01.07.2005	geändert	G 2005 69

Element	Beschlussdatum	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle G
§ 46	12.06.1978	01.08.1978	geändert	G 1978 61
§ 48	19.08.1998	01.09.1998	eingefügt	G 1998 260
§ 49	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 50 Abs. 1	23.11.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 469
§ 50 Abs. 2	23.11.1995	01.01.1996	eingefügt	G 1995 469

Änderungstabelle - nach Beschlussdatum

Beschlussdatum	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle G
24.11.1973	01.01.1974	Erlass	Erstfassung	V XVIII 766
12.06.1978	01.08.1978	§ 13 Abs. 2	geändert	G 1978 61
12.06.1978	01.08.1978	§ 18	geändert	G 1978 61
12.06.1978	01.08.1978	§ 21 Abs. 4	eingefügt	G 1978 61
12.06.1978	01.08.1978	§ 46	geändert	G 1978 61
30.10.1986	01.01.1987	§ 3 Abs. 3	geändert	G 1986 211
30.10.1986	01.01.1987	§ 12	geändert	G 1986 211
30.10.1986	01.01.1987	§ 13 Abs. 1	geändert	G 1986 211
30.10.1986	01.01.1987	§ 14 Abs. 1	geändert	G 1986 211
30.10.1986	01.01.1987	§ 17	geändert	G 1986 211
23.11.1995	01.01.1996	§ 3 Abs. 1	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 3 Abs. 2	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 9	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 10	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 15	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 17 Abs. 1	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 19 Abs. 1	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 20	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 21 Abs. 1	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 21 Abs. 3	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 23	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 24	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 29 Abs. 1	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 30	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 31	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 33	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 35	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 37	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 38 Abs. 1	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 38 Abs. 2	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 39	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 44 Abs. 1	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 45	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 49	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 50 Abs. 1	geändert	G 1995 469
23.11.1995	01.01.1996	§ 50 Abs. 2	eingefügt	G 1995 469
03.11.1997	01.01.1998	§ 42 Abs. 5	eingefügt	G 1997 379
19.08.1998	01.09.1998	§ 48	eingefügt	G 1998 260
04.04.2005	01.07.2005	§ 3 Abs. 2, a.	geändert	G 2005 69
04.04.2005	01.07.2005	§ 8 Abs. 1	geändert	G 2005 69
04.04.2005	01.07.2005	§ 29 Abs. 4	geändert	G 2005 69
04.04.2005	01.07.2005	§ 29 Abs. 5	geändert	G 2005 69
04.04.2005	01.07.2005	§ 29 Abs. 6	eingefügt	G 2005 69
04.04.2005	01.07.2005	§ 32	geändert	G 2005 69
04.04.2005	01.07.2005	§ 40	aufgehoben	G 2005 69
04.04.2005	01.07.2005	§ 41	geändert	G 2005 69
04.04.2005	01.07.2005	Titel 2.2.3	eingefügt	G 2005 69
04.04.2005	01.07.2005	§ 45a	eingefügt	G 2005 69
04.04.2005	01.07.2005	§ 45b	eingefügt	G 2005 69
04.04.2005	01.07.2005	Titel 2.2.4	geändert	G 2005 69
05.10.2006	01.01.2007	§ 11 Abs. 1	geändert	G 2006 265
05.10.2006	01.01.2007	§ 16	geändert	G 2006 265
23.03.2009	26.04.2009	§ 11 Abs. 2	geändert	G 2009 81
23.03.2009	26.04.2009	§ 42 Abs. 2	aufgehoben	G 2009 81
18.06.2012	01.07.2012	§ 9	Titel geändert	G 2012 150
18.06.2012	01.07.2012	§ 16 Abs. 2	geändert	G 2012 150
18.06.2012	01.07.2012	§ 21 Abs. 2	geändert	G 2012 150
18.06.2012	01.07.2012	§ 22	aufgehoben	G 2012 150
18.06.2012	01.07.2012	§ 25	aufgehoben	G 2012 150
18.06.2012	01.07.2012	§ 26	geändert	G 2012 150

Beschlussdatum	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle G
18.06.2012	01.07.2012	§ 27 Abs. 1	geändert	G 2012 150
18.06.2012	01.07.2012	§ 27 Abs. 3	aufgehoben	G 2012 150
18.06.2012	01.07.2012	§ 42 Abs. 1	geändert	G 2012 150
18.06.2012	01.07.2012	§ 42 Abs. 3	geändert	G 2012 150
18.06.2012	01.07.2012	§ 43	geändert	G 2012 150